

# **Die Gewaltkriminalität** **junger Menschen**

**Abschlussbericht einer Arbeitsgruppe der Innenminister-Konferenz  
zur Frühjahrssitzung 2008**

**Ein Kommentar**

von Horst Viehmann

Kassandras vergebliche Warnungen könnten als Metapher für das Odium der Vergeblichkeit dienen, das diesem Bericht an die Innenminister anhaftet. Vergeblichkeit insofern, als er die altbekannten Phänomene so darzustellen versucht, als biete er etwas Neues. Aber - und dies sei gleich am Anfang gesagt - der Kern seiner Botschaft machte bereits die "uralten" Forschungsergebnisse der Chikago-Schule aus den 20/30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts so revolutionär:

**Eine Gesellschaft hat die Jugendkriminalität, die sie verdient.**

und

**Die Jugendkriminalität ist das Abbild des Zustandes der Welt der Erwachsenen.**

Und wie Kassandras Warnung den Fall Trojas nicht verhindert hat, so wird dieser Bericht trotz seiner bemerkenswert guten Analyse das Problem der Jugendkriminalität nicht lösen. Man hört nicht auf ihn, so wie man niemals auf Cassandra gehört hat.

Worum geht es?

Zur diesjährigen Frühjahrstagung der Konferenz der Innenminister von Bund und Ländern hat eine von der Konferenz im Jahre 2007 beauftragte Arbeitsgruppe einen Bericht zur „Entwicklung der Gewaltkriminalität junger Menschen mit einem Schwerpunkt auf städtischen Ballungsräumen“ vorgelegt. An der Arbeitsgruppe beteiligten sich neben den berichterstattenden Ländern Berlin und Hamburg die Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schlewig-

Holstein sowie das Bundesinnenministerium, das Bundeskriminalamt und das Deutsche Forum für Kriminalprävention.

Die Arbeitsgruppe hat zur Lagebilderstellung die Daten der polizeilichen Kriminalstatistik (PKS), "weitere Erkenntnisse der Länder, die unter dem Begriff „Geschäftsstatistiken“ zusammen gefasst wurden", sowie Erkenntnisse der „einschlägigen Forschung“ ("kriminologische Forschung, insbesondere Dunkelfeldforschung") herangezogen. Schließlich verarbeitete sie Einschätzungen und Erkenntnisse aus der polizeilichen Praxis.

Zur exemplarischen Verdeutlichung von Lösungsmöglichkeiten wurden einzelne Konzepte in den Ländern zur Bekämpfung von Jugendkriminalität ausgewertet und Beispiele für Präventionsmaßnahmen vorgestellt. Hoffnungsvoll manche, aber häufig nur Modellprojekte, die nicht selten nach Übergang in die Arbeitsphase mangels finanzieller Vorsorge zum Scheitern verurteilt sind.

Anhand der Daten und ihrer Auswertungen gibt der Bericht zahlreiche (insgesamt 22) Handlungsempfehlungen für Einwirkungsmöglichkeiten auf Jugendgewaltkriminalität.

Der Bericht ist lesenswert, wohltuend sachlich, stellt die Ergebnisse nüchtern dar und kommt zu interessanten, aber, wie gesagt, nicht neuen Erkenntnissen.

Die Jugendkriminalität sinkt, die Gewaltkriminalität, insbesondere der Jugendlichen steigt. Sie steigt aber nur im bundesdeutschen Durchschnitt. In den Ländern und Regionen, in den ländlichen und städtischen Räumen entwickelt sie sich höchst unterschiedlich mit zum Teil hohen Steigerungsraten, aber auch mit beachtlichen Rückgängen. Der Bericht zeigt diese Entwicklungen sehr detailliert auf, vielleicht etwas zu kompliziert. Diejenigen, die sich nicht so gut auskennen, wie etwa manche Journalisten, schließen daraus – und so war es diesmal wieder in Zeitungen zu lesen – die Gewalttätigkeit der jungen Menschen nimmt drastisch zu und – so suggerieren es die Medien – bedroht unseren gesellschaftlichen Frieden.

Liest man den Bericht sorgfältig, erfährt man, dass die Feststellung der Steigerung sich lediglich auf die polizeilichen Zahlen stützt und diese gerade nicht die Realität des Kriminalitätsgeschehens darstellen, dass die Zahlen der Verurteilten in der Justizstatistik keineswegs den Steigerungen der PKS entsprechen und kaum erhöht sind und dass die kriminologische Forschung keine Steigerung der Kriminalität ausmachen kann, sondern eine Verschiebung der Zahlen vom Dunkelfeld ins Hellfeld, sogar verbunden mit einem leichten Rückgang.

Die Jugendrichter lassen sich durch den Zahlenanstieg mehrheitlich nicht beirren; sie bewerten die

zusätzlichen Zahlen der PKS als das, was sie sind: Bagatellen, die ein Strafverfahren nicht rechtfertigen. Das deckt sich mit den Ergebnissen der Forschung: Der Anstieg sei wesentlich auf eine höhere Bereitschaft zur Anzeige bei der Polizei und auf tatsächlich vermehrte Anzeigen einer höchst sensibilisierten Bevölkerung – an sich eine gute Entwicklung – zurückzuführen; er bestehe überwiegend aus bisher wenig beachteten kleineren Raufhändeln.

Fazit: Es besteht kein Grund zur Panik wegen eines etwa bedrohlichen Anstiegs der Gewaltkriminalität junger Menschen. Es gibt ihn so nicht. Das sollten auch Innen- und Justizminister diesem Bericht entnehmen und aufhören, die Kriminalität der Jugendlichen als bedrohliches Phänomen für den Frieden in dieser Gesellschaft zu denunzieren. Jede Gewalttat – das muss hinzugefügt werden - ist inakzeptabel. Da dürfen wir nicht zu sorglos sein. Aber wir müssen das Übermaß vermeiden, wenn wir das Maß bewahren wollen.

Einige interessante Einzelheiten:

Auch die Kriminalität der Nichtdeutschen ist zurückgegangen, zum Teil erheblich. Allerdings sind Nichtdeutsche im Verhältnis zum Anteil an der Bevölkerung immer noch überrepräsentiert. Der aktuell so viel diskutierte Migrationshintergrund erfährt eine Feststellung, die zum "Aha-Erlebnis" führt. Überwiegend liegt die Einwanderung nach Deutschland, also die Migration, mehr als 15 Jahre zurück. Der Migrationshintergrund als solcher ist demnach nicht das Kriminalitätskriterium. Es ist vielmehr die damit einhergehende Ausgrenzung und Chancenlosigkeit, die nicht erfolgte Integration trotz langjähriger Aufenthalts in Deutschland, die kriminalitätsverursachend wirkt. Also derselbe Befund wie bei deutschen straffälligen Jugendlichen: Soziale und kulturelle Ausgrenzung.

Die so sehr thematisierte Brutalität in der Gewaltausübung ist nicht durch Steigerung, sondern durch Rückgang gekennzeichnet. Eine überraschende Feststellung, die durch Dunkelfeldforschung und die Verletztenstatistik der Schulunfallversicherung plausibel gestützt wird. Immer wieder wird die Steigerung der Brutalität mit dem längst verbrauchten Klischee begründet, selbst der am Boden liegende Verletzte werde noch mit Fußtritten malträtiiert. Dies gibt es, schlimm genug. Aber es sind Einzelfälle, sie markieren keine Tendenz. Auch manche Praktiker wollen eine Steigerung der Brutalität ausgemacht haben, aber, wie der Bericht selbst formuliert, kann sich diese Einschätzung nicht auf Belege stützen, ist eher ein "Bauchgefühl".

Ein letzter Punkt: Alkoholeinfluss ist ein großes Problem der Gewaltkriminalität. Mehr als 30 % der Taten werde von alkoholisierten Jugendlichen begangen, im gelobten Bayern-Land sogar mehr als die Hälfte: 51%!

Wie gesagt, ein sachlich fundierter, lesenswerter Bericht. Er kommt auch zu einem ganz eindeutigen Ergebnis für die Ursachen und Bedingungen der Jugendgewaltkriminalität, traut sich das aber eher nur nebenbei und nicht mit der notwendigen Breite und Deutlichkeit zu sagen: Die schlechten familiären und individuellen Bedingungen in sozialer und kultureller Hinsicht sowie die Chancen- und Perspektivlosigkeit zahlreicher junger Menschen sind die Quellen, aus denen sich der kriminelle Strom ergießt. Dass der Bericht sich da zurückhält, liegt wohl in erster Linie an der Trägerschaft der Innenminister und an den Mitgliedern der Arbeitsgruppe: Bedienstete der Innenminister aus dem Sicherheitsbereich. Sie sehen natürlich die Problematik aus der Sicht ihrer polizeilichen Profession. Ihnen ist daraus kein Vorwurf zu machen. Es ist der verengte Blick des täglichen Umgangs. Franz Kafka schrieb seinerzeit in sein Tagebuch, sein Tagesablauf sei geprägt von in Fensterscheiben stürzenden Hausfrauen und von Leitern fallenden Ehemännern: Er war damals juristischer Sachbearbeiter einer Unfallversicherung. So ist das Leben!

Der Vorwurf der nicht angemessenen Gewichtung der eigentlichen Ursachen von Jugendgewalt muss sich eher gegen diejenigen in Bund und Ländern richten, die in vielen schönen und traurigen Reden bei Preisverleihungen und Trauerkundgebungen, wenn wieder einmal (selten zum Glück) ein spektakulärer Kriminalfall geschehen ist, immer wieder betonen, dass die "Bekämpfung" der Jugendgewalt eine "gesamtgesellschaftliche" Aufgabe sei. Ist sie auch! Nur es geschieht nichts in unserer Gesellschaft, das der Bedeutung dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe entspräche. Nicht, dass ich die Gewaltkriminalität der Jugendlichen dramatisieren will, wenn ich von der Größe des Problems rede. Sie ist immer noch, gemessen an den realen Bedingungen für ganze Schichten nicht privilegierter Jugendlicher im deutschen Wohlfahrts- und Wohlstandsstaat, geringfügig, undramatisch, insbesondere wenn man sie vergleicht mit der Gewaltkriminalität in anderen Staaten wie etwa Kolumbien, wo Gewalt ein für unterprivilegierte junge Menschen hilfreiches Mittel ist, dem Elend zu entkommen. Nein, von der Dramatik der Bedrohung durch jugendliche Gewaltkriminalität in Deutschland will ich nicht reden, obwohl viele, auch politisch Verantwortliche, die es besser wissen müssten, sich darin erschöpfen: Manche Innen- und Justizminister beispielsweise wie kürzlich erst der niedersächsische Justizminister und vor längerer Zeit die Justizministerin von Baden-Württemberg. Sie verkürzen Kriminalpolitik auf Strafrechtspolitik und stellen dabei die angesichts der Befunde des Berichts sachlich nicht zu rechtfertigende Forderung nach einem "Warnschuss-Arrest" und der Realisierung ihrer Gesetzentwürfe zur Verschärfung des Jugendkriminalrechts. Eine durch nichts, jedenfalls nichts Vernünftiges begründete Forderung.

Nein, die Kriminalität und ihre angebliche Bedrohung sind nicht das große Problem. Eine konsequente Strafverfolgung und eine solide Gerichtsbarkeit auf der Grundlage unseres bewährten Jugendgerichtsgesetzes reichen völlig aus. Freiheit von Jugendkriminalität können Strafgesetze nach allen historischen und aktuellen Erfahrungen, national und international, nicht bescheren. Auf ein erträgliches Maß begrenzen – damit sollten wir zufrieden sein.

Das große Problem – und seine Verringerung würde auch die Kriminalität wirksam begrenzen - besteht vielmehr in dem gewaltigen Verlust an menschlichem Potential für Gesellschaft und Staat, der mit der Kriminalitätsbelastung junger Menschen verbunden ist, ein Verlust auch an menschlichem Glück durch den schicksalhaften individuellen Chancenverlust im Leben eines jugendlichen Talents. Wir können uns eine solche Vergeudung "gesamtstaatlich und gesamtgesellschaftlich" gar nicht leisten, insbesondere in unserer vergreisenden deutschen Gesellschaft. Wir dürfen nicht ganze Schichten von Jugendlichen als "Kriminelle" abtun, ausgrenzen aus dem sozialen Leben und sie an den Rand der gesellschaftlichen Teilhabe drängen. Das tun wir aber, wenn wir stigmatisierend von den "Tätern mit Migrationshintergrund" und den "Intensivtätern" reden, als wären sie Verbrecher aus Veranlagung und nicht Verlierer aus schicksalhafter Benachteiligung und Ausgrenzung.

Die Bundesjugendministerin ist geradezu ein Leuchtturm in der tristen Politiker- und Beamtengarde, die sich um diese "gesamtgesellschaftliche" Aufgabe zu kümmern hätte. Doch auch deren Ansätze allein reichen nicht, greifen nur bis zur Mittelschicht und damit zu kurz, setzen zu wenig bei den überforderten und hilflosen Familien an, bei den Alleinerziehenden, bei den Eingewanderten, bei den Unterprivilegierten, bei den kriminalitätsgefährdeten Jugendlichen. Es müsste noch viel mehr geschehen. Marshallpläne für die unterprivilegierte Jugend müssten her. Nicht kleckern, sondern klotzen wäre das Gebot. (Der Marshallplan der USA für das kriegszerstörte Europa im Jahre 1948 hatte ein Volumen von 12,5 Milliarden US-Dollar!). Man muss dabei ein verbreitetes Missverständnis benennen. Es geht bei solchen Förderungen nicht in erster Linie um Verhinderung von Kriminalität. Es geht um die Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Kriminalitätsabnahme ist nicht intendiertes, aber willkommenes Nebenprodukt. Deshalb müssen die Präventionsbemühungen gesamtgesellschaftlichen Charakter haben. Polizei und Justiz allein können es nicht schaffen.

Aber nicht nur Förderpläne wären erforderlich. Es müssten auch endlich Konsequenzen gezogen werden aus den sonstigen Erkenntnissen der Kriminalitätsverursachung. Auch das thematisiert der Bericht der Arbeitsgruppe eher am Rande. Exemplarisch genannt sei der Alkoholkonsum. Er ist

gesellschaftlich allgemein akzeptiert, wird mit verführerischer Werbung geradezu hoffähig gemacht. Aber mindestens ein Drittel aller jugendlichen Gewalttaten geschieht unter Alkoholeinfluss, in Bayern sogar mehr als die Hälfte. Wenn man dazu noch die gesundheitlichen Schäden und die Schäden im Straßenverkehr durch Alkohol in den Blick nimmt, dann ist es eine viel wichtigere Frage, wie man das Alkoholproblem in den Griff bekommt, als alle Pendlerpauschalen, Mindestlöhne und manches mehr, das aktuell politisch so engagiert diskutiert wird. Wir setzen gesamtgesellschaftlich, aber auch in unseren privaten Lebensgestaltungen die falschen Prioritäten. Verantwortlich dafür sind wir alle! Warum boykotieren wir nicht die Alkoholproduzenten? Warum heben wir das Auto als goldenes Kalb in den Himmel, um nur zwei Möglichkeiten beim Namen zu nennen.

Aber auch unsere Eliten in Politik und Gesellschaft sind gefordert. Unser Bundespräsident redet über vieles Wichtige und weniger Wichtige, aber noch nie habe ich von ihm eine flammende Rede zum Alkoholproblem unserer Gesellschaft oder zur Kriminalitätsbelastung benachteiligter und nicht integrierter Jugendlicher gehört. Unsere beiden Kirchenfürsten erheben immer wieder bei wichtigen Anlässen ihre Stimmen und reden uns ins Gewissen. Noch nie habe ich etwas von ihnen oder sonst von der Kanzel über den Zusammenhang von Gewalt und Alkohol gehört, den man nicht mit Anti-Aggressionstraining, sondern mit Verteufelung und gesellschaftlicher Ächtung von Alkohol brechen kann. Der DFB-Präsident hält manche gute Rede zur Förderung des Sports. Einen Aufruf zur Vermeidung von Alkohol habe ich noch nicht gehört von ihm. Im Gegenteil, er unternimmt nichts, jedenfalls nichts Erfolgreiches, um die regelmäßige Werbung für diverse Biermarken bei Übertragungen von Fußballspielen zu verhindern. Man könnte dieses Lamento fortsetzen über Menschen und Institutionen, über Fernsehen und Internet, über Gier und Profit, über Seiten und Seiten. Es wäre vergeblich, es hülfe nichts. Unsere Gesellschaft ist zu wenig vernünftig, zu wenig altruistisch, zu wenig verantwortungsbewusst. Wir brauchen nicht nur eine Kultur der Anerkennung für unsere Jugend, auch für unsere so häufig ausgegrenzte Jugend. Wir brauchen ebenso eine Kultur der Verantwortung. Der US-Präsident Kennedy hat 1963 in seiner Antrittsrede gesagt, fragt nicht was Amerika für Euch tun kann, sondern fragt, was ihr für Euer Land tun könnt. In der DDR gab es in den 70er/80er Jahren den gegenteiligen Spruch, Privat geht vor Katastrophe. Wir Deutsche haben vielleicht unseren Verstand nach preußischer Manier ("Ruhe ist die erste Bürgerpflicht") an die Obrigkeit abgegeben, warten auf die Lösung von oben, statt selbst etwas zu tun, z.B. gegen den Alkoholkonsum, gegen die Raserei mit immer schnelleren Autos, gegen die Gier der Geldvermehrung, gegen den Mangel an Hilfsbereitschaft und ehrenamtlichem Engagement, gegen die Werbung, gegen das Fernsehen, gegen die Ausgrenzung anderer, gegen die Stigmatisierung von Randgruppen, gegen die einschlägige dramatische Berichterstattung in den Medien und gegen vieles

mehr. Doch auch bei uns im vereinigten Deutschland geht es viel zu sehr um den privaten Vorteil und viel zu wenig um das allgemeine Wohl. Wie gehabt - Privat geht vor Katastrophe.

Was hat das alles mit dem Bericht der Arbeitsgruppe IMK zu tun, wird sich der eine odere andere fragen. Nun – die Bekämpfung der Kriminalität, wie gesagt, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Verbesserung der Lebensbedingungen und damit einhergehend die Eindämmung von Kriminalität kommt uns allen, der Gesellschaft insgesamt zu Gute, insbesondere den Furchtsamen, den Schwachen, den Opfern und auch den Tätern. Das alles sagt der Bericht nicht ausdrücklich. Aber es steht hinter vielen Formulierungen, wenn es um die Benennung von Bedingungen, Ursachen, Lösungen und Empfehlungen geht. Ob die Adressaten des Berichts, die Innenminister, ihn lesen und beachten? Ich habe Zweifel. Solche Berichte haben seit Jahren Konjunktur. Im September 2006/Januar 2007 gab es einen Bericht des Deutschen Jugendinstituts an die Konferenz der Ministerpräsidenten ("Strategien der Gewaltprävention im Kindes- und Jugendalter"). Ebenfalls im Jahr 2006 wurde bereits der zweite Sicherheitsbericht der Bundesregierung veröffentlicht. Vor Jahren (1989/90) gab es eine große Gewaltkommission der Bundesregierung und ein mehrbändiges Gutachten mit umfangreichen Analysen und Empfehlungen zahlreicher Wissenschaftler ("Ursachen, Prävention und Kontrolle von Gewalt"), Jahre davor (1983) eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages ("Jugendprotest im Demokratischen Staat"). Es gibt zahlreiche regionale Berichte und Aufsätze von Kriminologen, Pädagogen, Psychologen und anderer Wissenschaftler (exemplarisch: Wilhelm Heitmeyer), die sich mit der Kriminalität, insbesondere der Gewaltkriminalität der jungen Menschen befassen. Sie haben alle wesentlich Zweierlei gemeinsam: Sie identifizieren die defizitären Lebensbedingungen junger Menschen als das zentrale Kriterium der Gewalt-Problematik und sie verhalten ähnlich den Rufen Kassandras weitgehend ungehört. Dies hat die Qualität einer gewaltigen Tragödie, in der es keine Helden gibt, sondern nur Schuldige und Verlierer! Man könnte verzweifeln, gäbe es nicht immer wieder Beispiele, dass Menschen sich engagieren, helfen und Schicksale zum Guten wenden. Das gibt anderen Motivation. Darauf lässt sich Hoffnung gründen. Es müssen nur viel, viel mehr werden. Es muss eine Bewegung geben für Mitmenschlichkeit und Verantwortung. Das geht nicht von heute auf morgen. Aber wir sollten endlich damit beginnen. Jeder für sich in seinem eigenen Umfeld. Warten wir nicht länger auf "die Obrigkeit". Dann fügt sich Stück für Stück allmählich zu einem guten Ganzen.